



Institut für
Wirtschaftsforschung Halle

IWH-Pressemitteilung 51/2010

Halle (Saale), den 15. September 2010

KIEL ECONOMICS
RESEARCH & FORECASTING

IWH und Kiel Economics: Konjunktur aktuell – Deutsche Wirtschaft lässt die Krise hinter sich

Die deutsche Konjunktur erholt sich schneller von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als weithin erwartet. Im laufenden Jahr dürfte das reale Bruttoinlandsprodukt um 3,5% steigen, im kommenden um 2%. Die Arbeitslosigkeit wird wohl weiter sinken. Das Budgetdefizit des Gesamthaushaltes wird voraussichtlich bereits im Jahr 2011 wieder unter der 3%-Marke des Stabilitäts- und Wachstumspakts liegen – vorausgesetzt, dass die Bundesregierung die beschlossenen Konsolidierungsmaßnahmen auch tatsächlich umsetzt.

Die deutsche Konjunktur erholt sich deutlich schneller von der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise als weithin erwartet. Nach dem außerordentlich kräftigen Anstieg der Produktion im ersten Halbjahr 2010 unterschreitet das reale Bruttoinlandsprodukt seinen Stand von vor der Rezession nur noch um knapp 3%. Im Tiefpunkt Anfang 2009 betrug die Einbuße noch 7%. In der zweiten Jahreshälfte dürfte sich die Wirtschaftsleistung weiter zügig an das Vorkrisenniveau annähern. Frühindikatoren deuten darauf hin, dass das Expansionstempo zwar etwas nachlassen, alles in allem aber hoch bleiben wird. Bereits Ende des kommenden Jahres wird das Bruttoinlandsprodukt nach der hier vorgelegten Prognose in etwa wieder zu dem Niveau von vor der Krise aufgeschlossen haben.

Dass die Einkommensverluste durch die Große Rezession so rasch wieder wettgemacht werden, ist in mehrfacher Hinsicht bemerkenswert. Bis vor kurzem musste davon ausgegangen werden, dass die Weltfinanzkrise nicht nur zu einem konjunkturellen Einbruch geführt, sondern auch die Aussichten für das Produktionspotenzial und damit für das mittelfristig erreichbare Wachstum verringert hat. Nicht zuletzt die internationalen Erfahrungen mit Finanz- und Banken Krisen, etwa in Japan, schienen dafür zu sprechen, dass aufgrund der Krise entweder Produktivität oder Kapitalstock niedriger anzusetzen seien als bisher oder mit geringeren Produktivitätszuwächsen zu rechnen sei. Weil deshalb die Unterauslastung im Vergleich zum scharfen Produktionseinbruch gering eingeschätzt wurde, schien der Spielraum für einen kraftvollen Anstieg des Bruttoinlandsprodukts begrenzt. Unter anderem aufgrund der kräftigen Produktionszuwächse im laufenden Jahr muss diese Einschätzung wohl als zu pessimistisch angesehen werden.

Andere fortgeschrittene Volkswirtschaften erholen sich offenbar langsamer. So beträgt der Rückstand gegenüber dem Produktionsniveau von vor der Krise im übrigen Euroraum noch knapp 4% und dürfte bis zum Jahresende nur wenig sinken.

Sperrfrist:
15. Sept. 2010,
13:00 Uhr

Pressekontakt:
Tobias Henning
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-720
E-Mail:
thg@iwh-halle.de

Ansprechpartner:
Oliver Holtemöller
Telefon:
+ 49 (0) 345/7753-800
E-Mail:
ohr@iwh-halle.de

Politische Ressorts:
Bundewirtschaftsministerium (**BMWi**)
Bundesministerium der Finanzen (**BMF**)
Bundesministerium für Arbeit und Soziales (**BMAS**)
Bundesministerium des Innern (**BMI**),
Bundeskanzleramt

Wissenschaftliche Schlagworte:
Konjunktur, Prognose,
Finanzmärkte, Öffentliche
Finanzen, Geldpolitik,
Finanzpolitik, Weltwirtschaft,
Deutschland,
Ostdeutschland,
Arbeitsmarkt

**Institut für
Wirtschaftsforschung
Halle (IWH)**
Kleine Märkerstraße 8
06108 Halle (Saale)

Postfach 11 03 61,
06017 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 7753-60
Fax: (0345) 7753 820
<http://www.iwh-halle.de>

Die USA werden das Bruttoinlandsprodukt von Ende 2007 wohl zu Beginn des kommenden Jahres wieder erreichen; doch da ihr Produktionspotenzial, vor allem aus demographischen Gründen, um ½ bis 1 Prozentpunkt stärker wächst als das deutsche, werden die Produktionskapazitäten dort nach wie vor deutlich unterausgelastet sein. Sowohl in den USA als auch im übrigen Euroraum spiegelt sich die Unterauslastung auch in der relativ hohen Arbeitslosigkeit. Sehr rasch und kraftvoll haben sich dagegen die Schwellenländer erholt. Viele dieser Länder sind offenbar bereits wieder auf den Entwicklungspfad eingeschwenkt, der vor der Krise zu beobachten war.

Tabelle:

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2009 bis 2011

	2009	2010	2011
	<i>reale Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Private Konsumausgaben	-0,2	0,1	1,3
Staatskonsum	2,9	3,4	1,2
Anlageinvestitionen	-10,1	5,9	3,0
Ausrüstungen	-22,6	9,0	6,5
Bauten	-1,5	4,0	0,4
sonstige Anlagen	5,6	6,0	5,8
Inländische Verwendung	-1,9	2,4	1,9
Exporte	-14,3	14,7	6,8
Importe	-9,4	13,5	7,1
Bruttoinlandsprodukt	-4,7	3,5	2,0
Dar.: Ostdeutschland	-3,5	2,5	1,5
<i>Nachrichtlich:</i>			
USA	-2,6	2,6	1,9
Euroraum	-4,1	1,5	1,3
	<i>Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %</i>		
Arbeitsvolumen, geleistet	-2,6	1,7	0,8
Tariflöhne je Stunde	2,3	1,9	1,8
Effektivlöhne je Stunde	2,9	0,4	1,6
Lohnstückkosten ^a	5,7	-1,7	-0,3
Verbraucherpreise	0,4	1,1	1,4
	<i>in 1 000 Personen</i>		
Erwerbstätige (Inland) ^b	40 271	40 372	40 692
Dar.: Ostdeutschland	5 752	5 761	5 784
Arbeitslose ^c	3 423	3 236	2 871
Dar.: Ostdeutschland	866	780	725
	<i>in %</i>		
Arbeitslosenquote ^d	7,8	7,4	6,6
Dar.: Ostdeutschland	13,1	11,9	11,1
	<i>in % zum nominalen BIP</i>		
Finanzierungssaldo des Staates	-3,0	-3,6 ^e	-2,5

^a Auf Stundenbasis. – ^b Einschließlich der geförderten Personen in Arbeitsbeschaffungs- und Struktur Anpassungsmaßnahmen. – ^c Nationale Definition. Einschließlich aller Arbeitslosen in den optierenden Gemeinden. – ^d Arbeitslose in % der Erwerbspersonen (Inland). – ^e Bereinigt um die Erlöse aus der Versteigerung von UMTS-Lizenzen liegt die Defizitquote bei 3,8%.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Eurostat, Bureau of Economic Analysis; eigene Prognose (Stand: 15.09.2010).

Die Dynamik in den Schwellenländern ist der erste von drei Faktoren, die für den kräftigen Aufschwung in Deutschland von Bedeutung sind. So profitiert die deutsche Wirtschaft mit ihrer Spezialisierung auf Investitionsgüter in hohem Maße vom Produktionsanstieg in den Schwellenländern. Zwar sind die Industrieländer, der übrige Euroraum voran, weiterhin die wichtigsten Handelspartner; die größten Beiträge zum Zuwachs des Exports kamen in den vergangenen Quartalen jedoch aus den Schwellenländern, vor allem aus Asien.

Zweitens sorgt die starke Arbeitsnachfrage der Unternehmen für steigende Beschäftigung und Einkommen der privaten Haushalte. Diese erhöhte Nachfrage ist nicht allein Reflex der guten Konjunktur, sondern auch Konsequenz der seit Jahren andauernden Lohnzurückhaltung, in deren Folge sich das Verhältnis von realen Arbeitskosten zu Arbeitsproduktivität deutlich verringert hat. Am aktuellen Rand liegen die realen Lohnstückkosten um knapp 5% unter ihrem Stand von vor Beginn der Lohnzurückhaltung, d. h. von Seiten der Arbeitskosten gehen weiterhin Impulse auf die Arbeitsnachfrage aus. In den vergangenen Jahren dämpfte die Lohnzurückhaltung den Preisauftrieb; eine verbesserte preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft war die Folge. Diese Entwicklung dürfte sich mittelfristig umkehren, denn infolge des Beschäftigungsanstiegs werden sich vermehrt Knappheitstendenzen am Arbeitsmarkt bemerkbar machen und sich in höheren Lohnsteigerungen äußern, die die Binnennachfrage stimulieren werden.

Drittens begünstigt die expansive Geldpolitik angesichts der vergleichsweise geringen Verschuldung von Unternehmen und Haushalten in Deutschland früher und stärker Investitionen und Konsum als in anderen fortgeschrittenen Volkswirtschaften. Gleichzeitig hat sich die Situation auf den Finanzmärkten erneut etwas entspannt. Die Kapitalmarkt- und Bankkreditzinsen sind folglich niedrig und in einigen Marktsegmenten sogar gegenüber dem Frühjahr nochmals gesunken. Die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte sind also derzeit günstig, und vor allem sind die Opportunitätskosten von Sachkapitalinvestitionen und privatem Konsum sehr gering. Zusammen mit den Erwartungen der privaten Haushalte und Unternehmen, dass der Tiefpunkt der Krise durchschritten und der alte Wachstumspfad wieder erreicht wird, werden Investitionen und Konsum zunehmend stimuliert.

Für den Prognosezeitraum zeichnet sich ab, dass sich die weltwirtschaftliche Dynamik verlangsamt. Das trifft sowohl für große Industrieländer wie die USA als auch für wichtige Schwellenländer wie China zu. Während in den USA strukturelle Probleme, die zum Teil für die Krise verantwortlich waren, nicht bewältigt sind und die wirtschaftliche Lage trüben, ist die chinesische Wirtschaftspolitik dämpfend ausgerichtet, um eine Überhitzung zu vermeiden. Daher dürften die deutschen Exporte sowohl in die betreffenden Länder als auch in diejenigen Regionen, die mit ihnen stark verflochten sind, wieder etwas an Dynamik einbüßen. Hinzu kommt, dass die Lage im Euroraum auch weiterhin von den finanzpolitischen Problemen einiger Länder belastet sein wird. An der aktuellen Entwicklung der Umlaufrenditen öffentlicher Anleihen lässt sich ablesen, dass das Vertrauen erschüttert bleibt. Deutliche Konsolidierungsanstrengungen stehen bevor und werden die gesamtwirtschaftliche Nachfrage im übrigen Euroraum und damit auch die Nachfrage nach deutschen Produkten dämpfen. In Deutschland werden die angekündigten Sparmaßnahmen der Bundesregierung ebenfalls restriktiv wirken. Die Geldpolitik wird allerdings auch

im kommenden Jahr stark expansiv ausgerichtet sein. Zudem wird sich die Beruhigung im Bankensektor graduell fortsetzen. Insgesamt ist davon auszugehen, dass sich die konjunkturelle Erholung 2011 verlangsamen wird. Die vorliegende Prognose sagt für 2011 einen Zuwachs des realen Bruttoinlandsproduktes in Deutschland von 2% voraus, nach 3,5% im Jahr 2010. In Ostdeutschland fällt wegen der geringeren Exportquote und des niedrigeren Industrialisierungsgrades der Aufschwung schwächer aus als in Westdeutschland. In den Jahren 2010 bis 2014 wird der Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts für Gesamtdeutschland jahresdurchschnittlich bei 1¾% liegen.

Erheblich verbessert haben sich die Perspektiven für die öffentlichen Finanzen. Noch im Frühjahr musste befürchtet werden, dass das Defizit des öffentlichen Gesamthaushalts in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt das Kriterium des Stabilitäts- und Wachstumspakts bis in das Jahr 2013 hinein verletzen würde. Nun ist bereits für 2011 wieder eine Defizitquote unter 3% wahrscheinlich; wir rechnen mit 2,5%, nach 3,6% im laufenden Jahr. Neben der sehr günstigen Entwicklung am Arbeitsmarkt spielt hierfür eine Rolle, dass sich der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zunehmend auf die inländische Verwendung verlagert. Zudem ist unterstellt, dass die Politik das Zukunftsprogramm oder aber Maßnahmen in ähnlichem Umfang umsetzt.

Veröffentlichung:

ARBEITSKREIS KONJUNKTUR DES IWH; KIEL ECONOMICS: Konjunktur aktuell – Deutsche Wirtschaft lässt die Krise hinter sich, in: IWH, Wirtschaft im Wandel 9/2010.

Wissenschaftlicher Ansprechpartner:

Prof. Dr. Oliver Holtemöller
Tel.: + 49 (0) 345/7753-800, E-Mail: Oliver.Holtemoeller@iwh-halle.de

Pressekontakt:

Tobias Henning
Tel.: +49 (0) 345/7753-720, E-Mail: Tobias.Henning@iwh-halle.de

Das Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) widmet sich der Erforschung der Entwicklungen „Von der Transformation zur europäischen Integration“. Dieses Forschungsprofil ist auf zwei Bereiche konzentriert: Programmbereich I befasst sich mit Wachstum und wirtschaftlicher Integration, Programmbereich II mit der Analyse von Transformationsprozessen. Unter dem allgemeinen Forschungsthema genießt die wirtschaftliche Entwicklung Ostdeutschlands besondere Aufmerksamkeit. Das IWH ist in drei wissenschaftlichen Abteilungen organisiert: Makroökonomik, Strukturökonomik und Stadtökonomik. Die Forschung wird in inhaltlich definierten Forschungsschwerpunkten durchgeführt, die auf mittlere Frist eingerichtet sind und abteilungsübergreifend spezifische Kompetenzen bündeln. Diese Forschungsschwerpunkte sind als Ort der Einheit von wissenschaftlicher Forschung und wirtschaftspolitischer Beratung zu verstehen. Das IWH ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.